



# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Roland Stark  
Grossratspräsident

## **Antrittsrede als Präsident des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt**

20. Februar 2008

Sehr geehrter Herr Statthalter  
Sehr geehrter Herr Regierungspräsident  
Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Liebe Freunde auf der Zuschauertribüne

Am 16. Januar 2008 hat mich der Grosse Rat zu seinem Präsidenten für das Amtsjahr 2008/2009 gewählt. Für das Vertrauen danke ich Ihnen sehr herzlich. Ich bin zuversichtlich, dass ich bei der im letzten Jahr der Legislaturperiode besonders anspruchsvollen Aufgabe auf Ihre Unterstützung über alle parteipolitischen Grenzen hinweg zählen kann. Selbstverständlich stütze ich mich auch auf die Hilfe der engagierten und kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Parlamentsdienstes unter der Leitung von Thomas Dähler und auf meinen Statthalter Patrick Hafner, dem ich eine optimale Vorbereitung auf das Grossratspräsidentenamt zu Beginn der nächsten Legislaturperiode wünsche.

Einen speziellen Dank aussprechen möchte ich meiner Vorgängerin Brigitta Gerber, die mich ausgezeichnet in die neue Aufgabe eingeführt hat und der ich für ihre umsichtige Amtsführung unter schwierigen Umständen meinen ausdrücklichen Respekt bezeugen will.

Ein Jahr lang der "höchste Basler" zu sein – als Appenzeller mit 1 Meter 76 in einer vom Hochhaus-Boom geprägten Stadt eine etwas gewagte Aussage - ist eine grosse Ehre, für mich persönlich natürlich, aber hoffentlich auch für meine Partei, der ich nun schon seit 40 Jahren als mehr oder weniger lammfrommes Mitglied diene. Ich werde mich nach Kräften bemühen, den vielfältigen Anforderungen zu genügen und das Parlament und den Kanton Basel-Stadt verantwortungsbewusst und würdig nach aussen zu vertreten.

Den Ratsbetrieb werde ich so zu führen versuchen, dass Ihnen wegen der angeschlagenen Geschwindigkeit nicht schlecht wird, Sie aber vor Langeweile auch nicht einschlafen. Selbstverständlich das alles, ohne Ihre verbrieften Rechte als gewählte Volksvertreter auch nur im Geringsten zu beschneiden. Eine Gratwanderung mit Absturzgefahr. Aber 20 Jahre Mitgliedschaft in diesem Parlament und die selbstkritische Erinnerung an meine eigenen Aktivitäten ermöglichen hoffentlich die notwendige Gelassenheit. Gegen überzogene Erwartungen bin ich ohnehin gefeit. Trotzdem empfehle ich den Parlamentariern und den Regierungsräten, und dies ist heute meine einzige Literaturempfehlung, gelegentlich einen Blick in die

Geschäftsordnung und die Ausführungsbestimmungen zu werfen. Der Lustgewinn wird sich zwar in Grenzen halten. Aber viele unnötige Missverständnisse lassen sich so wenigstens vermeiden. Aufmerksam habe ich registriert, dass meine Vorgängerin am muba-Essen nach einem ausgeklügelten System 130 Bücher verschenkt hat, von der Bibel bis zum Velo-Handbuch. Eine Geschäftsordnung war leider nicht darunter.

Zu meinem Amtsverständnis gehört aber auch, bei den verschiedenen Gelegenheiten nicht nur zu reden, sondern auch etwas zu sagen, das heisst, im angemessenen Rahmen von dem in der Bundesverfassung verankerten Recht auf freie Meinungsäusserung Gebrauch zu machen.

Einen Tag vor meiner Wahl wurde meine zweite Tochter Meret Smilla geboren, eine Tatsache, die der Woche 3 dieses Jahres für mich das Prädikat "denkwürdig" verleiht. Es war wohl unvermeidlich, dass ich deshalb auf mögliche Probleme im Spannungsfeld Familie-Beruf-Politik angesprochen wurde. Dazu nur eine kurze Bemerkung, die allerdings gleich für das gesamte Amtsjahr genügen muss:

Peter von Roten, der ehemalige Walliser CVP-Nationalrat, Basler Anwalt und Ehemann der Feministin Iris von Roten ("Frauen im Laufgitter") hat vor Jahrzehnten bemerkt, was Not tue, seien nicht Frauen, die schiessen wollten, sondern Männer, die auch Windeln wechseln könnten. Mindestens diese Aufgabe - und noch einige andere mehr - will ich trotz den vielen Einladungen gerne weiter führen. Ich bitte schon jetzt um Verständnis dafür, wenn der eine oder andere Gastgeber wegen unaufschiebbaren familiären Verpflichtungen nur von Ferne herzlich gegrüsst werden kann.

Vor fast genau 75 Jahren wurde Adolf Hitler zum Deutschen Reichskanzler ernannt. Die Machtübernahme der Nazis hatte einschneidende Folgen für meine Familie und damit letzten Endes auch für meine Politisierung. Die Erzählungen am Familientisch prägten Kindheit und Jugend. In der Schriftenreihe des Historischen Vereins Appenzell schildert mein Onkel Franz Stark eindrücklich, wie er 1933 zusammen mit seinem Bruder Hans wegen einer Schlägerei mit einem SA-Mann – nebenbei bemerkt unvermummt - in der Nähe von Kassel verhaftet und zu Schutzhaft und sechs Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Glücklicherweise im Besitz eines Schweizer Passes, wurden sie schliesslich als "lästige Ausländer" (die es auch schon gab!) ausgewiesen, mit der Begründung, sie hätten in letzter Zeit öfters an sozialdemokratischen und auch kommunistischen Veranstaltungen teilgenommen. Mein Vater war zu dem Zeitpunkt sechs Jahre alt.

Meine Familie hatte grosses Glück. Denn schon damals wurden Häftlinge grün und blau geschlagen, schwer misshandelt und zu Tode geprügelt. Die Konzentrationslager füllten sich.

So wurde ich schliesslich nicht Deutscher, sondern Appenzeller. Die sonntäglichen Schilderungen bei Kaffee und Kuchen haben sehr früh das Interesse für die Politik geweckt, meinen Sinn für Recht und Unrecht, für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Gewaltenteilung entwickelt und geschärft. Gegen die Lockrufe populistischer Marktschreier von links und rechts bin ich seither weitgehend immun. Und auch der unterdessen bis in höchste Ämter verbreiteten Unsitte, missliebige, anders denkende Politiker mit Nazi- oder Faschismusvergleichen zu bekämpfen, konnte ich aus Respekt vor den Opfern der Diktatur nie etwas abgewinnen.

Mit Sorge betrachte ich die fortschreitende Entsolidarisierung und Brutalisierung unserer Gesellschaft. Unkontrollierte, deregulierte Kräfte des freien Marktes und das Vordringen der Kommerzialisierung in fast alle gesellschaftlichen Ritzen haben Realität werden lassen, wovor ein kluger Mann vor Jahrzehnten schon gewarnt hat (Zitat):

"Zum Unglück hat sich mit der Industrie ein System verbunden, das Profit als den eigentlichen Motor des gesellschaftlichen Fortschrittes betrachtet, den Wettbewerb als das oberste Gesetz der Wirtschaft, Eigentum an den Produktionsgütern als absolutes Recht, ohne Schranken, ohne entsprechende Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber."

Dies ist kein Zitat aus den Schriften von Karl Marx. Der Satz ist gut vierzig Jahre alt (1967) und stammt von Papst Paul VI. aus seiner Enzyklika über den Fortschritt der Völker, „*Populorum progressio*." Beschrieben wird eine Entwicklung, die weit über das engere Feld der Wirtschaft hinaus reicht und zunehmend alle Lebensbereiche der Menschen tangiert.

Unser Gemeinwesen ist Fliehkräften ausgesetzt, die ein friedliches Zusammenleben erschweren: Zwischen Gesunden und Kranken, Armen und Reichen, Zuwanderern und Einheimischen, Gebildeten und Analphabeten des Informationszeitalters. Rücksichtslosigkeit ist zu einem dominanten Verhaltensmuster geworden. Im Klassenzimmer, auf dem Pausenplatz, im Strassenverkehr, im gesamten öffentlichen Raum, in den Medien und auch in der politischen Auseinandersetzung nimmt die Verrohung der Sitten alarmierende Ausmasse an.

Der Staat als Ordnungsmacht ist dabei auf dem Rückzug. Was anarchistische Irrläufer nicht geschafft haben - "Macht aus dem Staat Gurkensalat" - versuchen nun fundamentalistische Neoliberale in einer parteienübergreifenden Koalition durchzusetzen. Angriffsziel ist die so genannte Verbotsgesellschaft. Klickt man das Un-Wort bei Google an, wird man auf 2390 Seiten verwiesen. In der verzerrten und vergrößerten Darstellung dieser modernen Freiheitskämpfer mutiert der Staat zu einem Monster, das die Freiheit behindert, den Individuen Fesseln anlegt, den Bürgern mit Steuern und Gebühren in die Taschen greift, sie mit Gesetzen und Verordnungen drangsaliert. Sie merken, das Thema bringt mich in Rage.

In der Debatte werden Kraut und Rüben durcheinander geworfen. Cannabis-Freigabe, Parkplatzregime, Tempo-30-Zonen, Wegweisungsgesetz, Vermögenssteuer, Schulverweise, Rauchverbote, Denkmalschutz, Littering-Bussen, Hooligan-Überwachung, Lärmschutz, Polizeistunde, Tabak- und Alkoholverkaufseinschränkungen, Alterslimite bei Kino und Video, Minarett- und Kreuzifixverbot, studentische Fechtkämpfe und so weiter und so fort.

Der Staat tritt in dieser Darstellung den Bürgerinnen und Bürger ausschliesslich als Vormund und Feindbild entgegen. Ich erlaube mir an dieser Stelle als Lehrer und Pädagoge die Frage, wie Erwachsene bei der Jugend glaubwürdig Respekt und Anstand einfordern wollen, wenn sie selbst staatliche Gebote und Verbote lächerlich machen oder gar zu deren Missachtung aufrufen. Es ist für mich eine schlichte Selbstverständlichkeit, dass der Staat als demokratisch organisierte Autorität legitimiert und verpflichtet ist, Gesetzen und Regeln Nachdruck zu verschaffen. Müllentsorgung auf der Strasse oder Randalieren an der Herbstmesse gehören nicht in die Liste der Menschenrechte und ihre angemessene Bestrafung hat nichts mit

Polizeistaat zu tun. Mit Unbehagen, aber auch mit einem gewissen Amusement registriere ich, dass ausgerechnet die schärfsten Kritiker der so genannten 68er-Generation den antiautoritären Forderungskatalog mit dem Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht und die Mündigkeit der Kinder und Jugendlichen ins 21. Jahrhundert retten wollen. Sie übersehen, dass Respekt, Anstand, Rücksicht, Benehmen, Verlässlichkeit und Höflichkeit nicht als Relikte einer hinterwäldnerischen Pauerschule abqualifiziert werden können, sondern unverzichtbare Voraussetzungen für menschliches Zusammenleben sind, auch in der Schule. Zu beklagen wären also, wenn schon, nicht Verbotsgesellschaft und Reglementierungswut, sondern vielmehr das Vordringen einer Verwahrlosungskultur auf breitester Front.

Am aufgeregtsten - und am widersprüchlichsten - wird die Diskussion über die Rolle des Staates, wen wundert's, bei den Steuern geführt. Tatsache, aber offensichtlich nicht genügend präsent ist, dass der Staat für ein paar Franken pro Tag eine breite Palette von Dienstleistungen bereit stellt, die von allen unterdessen als Selbstverständlichkeit konsumiert werden: Sport und Kultur, Kindergärten, Schulen und Universitäten, Wohnungsbau und Gesundheitsversorgung, Beratung und Hilfe für Behinderte, Alte, Jugendliche, Arbeitslose, Drogensüchtige und ausländische Mitbürger, Strassenbau und Lärmschutz, öffentlicher Verkehr und Wirtschaftsförderung, Denkmalpflege und Umweltschutz. Verantwortungsbewusste Politikerinnen und Politiker würden ihrer Bevölkerung erklären, auch in einem Wahljahr, dass beides nicht zu haben ist: tiefe Steuersätze wie in Wollerau mit massiven Einnahmefällen und gleichzeitig zuverlässige öffentliche Dienstleistungen auf höchstem Niveau in einer Stadt mit Zentrumsfunktion. Weniger Staat bei den Einnahmen und mehr Staat bei den Angeboten, das passt so gut zusammen, wie wenn ich Zuckerwasser in den Wein giesse und mich nachher über die schlechte Qualität wundere.

Es geht um die Frage, was unsere Gesellschaft in Zukunft noch zusammenhält und um Solidarität und Gemeinsinn statt Eigennutz und Ellbogenmentalität. "Ein Staat, der seine sozialen Aufgaben abbauen muss, weil ihm das Geld fehlt", schrieb einmal Bundesrat Willi Ritschard, "baut sich selber ab. Er läutet damit wieder das mittelalterliche Faustrecht oder den Feuerwehrstaat ein, der nicht einmal seine Schläuche trocknen kann, weil sie dauernd nass sind."

Wir stehen am Beginn eines spannenden Wahljahres. Die Verkleinerung des Grossen Rates verschärft den Konkurrenzkampf um die verbleibenden 100 Sitze massiv, was nicht ohne Auswirkungen auf das Parlament, insbesondere auf den Umfang des Geschäftsverzeichnisses, bleiben wird. Die beiden frei werdenden Sitze im Regierungsrat – das war der Stand heute Morgen 09.00 Uhr - erhöhen die Brisanz noch zusätzlich. Immerhin: bei meiner Wahl als Grosratspräsident haben zwei Mitglieder des Regierungsrates ihren Verzicht auf eine neue Kandidatur erklärt und heute morgen haben wir erfahren, dass Fidel Castro zurückgetreten sei. Man darf gespannt sein, ob sich das noch steigern lässt.

Als wahlkampfprobter ehemaliger Partei- und Fraktionspräsident erteile ich Ihnen für den Ratsbetrieb keine Ratschläge oder gar Mahnungen und belasse es deshalb bei einem klugen Hinweis von Matthäus (dem Apostel, nicht dem Fussballer):

"Über jedes überschüssige Wort, das die Menschen auf Erden reden, werden sie am Tage des jüngsten Gerichts Rechenschaft ablegen müssen." (12,36)

Lassen Sie mich gegen Schluss auf ein Stichwort zurückkommen, das ich bei der Diskussion über die Sitzungsentschädigungen letzten Dezember schon aufgegriffen habe: Politikverdrossenheit.

Politiker werden an den Stammtischen, aber immer häufiger auch in ihren publizistischen Lautsprechern - von "Blick" bis "Weltwoche" - als Verschwender und Privilegienbesitzer denunziert oder, wie es Bernhard Christ, ein früherer Grossratspräsident, einmal treffend beschrieben hat, "als Classe politique mit dem Parfüm eines korrupten Klüngels bestäubt." Besonders verheerend wirken sich solche Beschimpfungen aus, wenn sie aus dem innersten Kreis der Politik selbst stammen. Sie erinnern sich vielleicht noch an die Worte eines Schlossbesitzers aus Rhäzüns, man solle Prämien an diejenigen Mitglieder des Bundesparlaments ausbezahlen, die Kommissionssitzungen schwänzen.

Es kann niemand ernsthaft verwundern, wenn unter diesen Umständen qualifizierte und motivierte Frauen und Männer für öffentliche Ämter immer schwieriger zu finden sind. Dafür ist die „Anseichprämie“, wie sie Kurt Jenny einmal genannt hat, wirklich zu gering. Viele schweizerische Gemeinden können ein Lied von dieser Misere singen.

Wir sollten demgegenüber gemeinsam, von links bis rechts, unsere Arbeit selbstbewusst und ohne falsche Bescheidenheit gegen solch primitive Angriffe verteidigen. Es gibt keinen Grund, in Sack und Asche herumzulaufen und damit denen Recht zu geben, die Menschen in politischen Ämtern permanent herabsetzen. Wer seine Kraft und seine Zeit für ein Trinkgeld dem Gemeinwesen zu Verfügung stellt, verdient Anerkennung und Aufmunterung. Ich halte es für meine Pflicht als Grossratspräsident, diese schlichte Wahrheit bei allen Gelegenheiten immer wieder zu vermitteln.

Politische Parteien sind, entgegen einem weit verbreiteten Vorurteil, wichtiger denn je, auch wenn ihre Bedeutung in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit abzunehmen scheint. Ihre Aufgabe, Instrumente einer verlässlichen Willensbildung zu sein, ist für eine funktionierende, lebendige Demokratie unverzichtbar. Eine Alternative zu den Parteien, die unterschiedlichste Interessen für das Allgemeinwohl bündeln und in konkrete Massnahmen umsetzen, ist weit und breit nicht in Sicht. Es bleibt dann allerdings die vornehmste Pflicht der gewählten Volksvertreter, klare Entscheide zu fällen und diese mit Mut und Engagement auch gegen wuchernde Einzelinteressen durchzusetzen. Die zentrale Aufgabe der Politik besteht darin, Orientierung zu geben, Prioritäten zu bestimmen, Entscheidungsgrundlagen für eine interessierte politische Öffentlichkeit bereitzustellen. Die Phantasie der Parteifunktionäre und ihrer Eventmanager beschränkt sich unterdessen leider häufig darauf, eine süffige Schlagzeile für eine der zahlreichen Sonntagszeitungen zu provozieren. Die Folge: Dürrtöcher Inhalt, windkanalgetestete Kleisterphrasen, dazu viel Farbstoff und noch mehr Verpackung. Fast-Food-Politik also.

Diese Reklamisierung der Politik führt dazu, dass Politiker nicht nur auf Plakaten und Inseraten für sich werben wie Windel- oder Wurstfabrikanten, sondern dass sie genau so geworden sind, wie sie feilgeboten werden. Sie verkaufen Argumente, statt sie zu finden, sie benutzen Probleme, statt sie zu lösen. Politiker als Verkäufer, nicht als

Veränderer. Die Diskussionen und die Plakate über die Ausländer- und Asylpolitik oder über die Jugendkriminalität bieten dafür reichhaltiges Anschauungsmaterial.

Ich rede hier nicht einer künstlichen Harmonie das Wort. Dafür fehlt mir die Legitimation. Die politische Auseinandersetzung muss spannend, kontrovers, sachbezogen, aber selbstverständlich auch lustvoll und polemisch geführt werden, in einem Wahljahr ohnehin. Die Parteien brauchen scharfe Profile und unverwechselbare Identitäten, deutliche inhaltliche Abgrenzungen. Wäre ich nicht Grossratspräsident, würde ich vielleicht sagen, Fusionen sind das falsche Rezept gegen den drohenden Wählerschwund. "Ohne Streit", diagnostizierte einst der begnadete Polemiker Heiner Geissler, "wird man zuerst uninteressant, dann langweilig, schliesslich einschläfernd und am Schluss ein Fall für das Betäubungsmittelgesetz. Konform, uniform, chloroform."

Erst eigenständige, klar formulierte Ausgangspositionen schaffen die Voraussetzung für tragfähige Lösungen und ehrliche Kompromisse. Der Kompromiss steht am Ende und nicht schon am Anfang der Auseinandersetzungen.

In diesem Sinn erwarte ich gespannt den Beginn des neuen Amtsjahres und hoffe sehr, dass sich der eine oder andere Mosaikstein meiner etwas zugespitzten Beschreibung der aktuellen politischen Szenerie in den Debatten im Grossratssaal wieder findet. Von meinem unbequemen, renovierungsbedürftigen Hochsitz aus werde ich das sehr aufmerksam und schweigend verfolgen. Wenn möglich sogar mit neutraler Mimik.

Besonders freue ich mich darauf, heute nach der Sitzung möglichst viele von Ihnen, zusammen mit Freunden und Bekannten aus nah und fern, auf dem Novartis Campus zu einem gemütlichen Abend zu treffen. Im Herbst werden wir dann gemeinsam den traditionellen zweitägigen Betriebsausflug unternehmen. Über Ziel und Programm der Exkursion werden Sie rechtzeitig informiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Basel ist eine reiche Stadt, auch im internationalen Vergleich, nicht nur finanziell und ökonomisch, sondern auch kulturell und sozial. Zu verdanken hat sie dies Generationen von weitsichtig denkenden und handelnden Frauen und Männern, die sich an den unterschiedlichsten Orten engagiert haben. In Kirchen, Vereinen, in Gewerkschaften, Verbänden und politischen Parteien. Lässt diese Engagement weiter nach, verliert Basel mehr als ein paar Politiker. Die Stadt verspielt ihre Zukunftsfähigkeit. Stellen wir uns also gemeinsam der Verantwortung.

Ich eröffne das dritte Amtsjahr des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt nach in Kraft treten der Verfassung von 2006 und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.